

## **Kundgebung am Aufseßplatz,**

**9. Mai 2015**

### **Ansprache von Altoberbürgermeister Dr. Peter Schönlein**

Meine Damen und Herren,

wir haben uns heute zum Gedenken an den 8. Mai 1945 hier am Aufseßplatz zusammengefunden. An diesem Tag, vor 70 Jahren, lag dieser Platz inmitten einer gespenstischen Trümmerlandschaft. Ganze drei Häuser, schwer beschädigt, hatten die Bombennächte überstanden, ansonsten Ruinen und Schuttberge in welche Himmelsrichtung man auch blickte.

Ich habe dieses Bild noch vor Augen, denn hier am Aufseßplatz, in diesem Haus mit der Hausnummer 6, habe ich nach Ende des Krieges meine Kindheit und Jugend verbracht.

Ich gehöre wie Ernst Grube einer Generation an, die die Schrecken dieser Zeit, wenn auch auf ganz unterschiedliche Weise, am eigenen Leib erfahren hat. Ich weiß aus eigenem Erleben, was es heißt, wenn das Haus, in dessen Keller sich seine Bewohner verkrochen haben, von Bomben getroffen wird, ich weiß, wie es ist, mit knapper Not aus dem brennenden Haus ins Freie zu entkommen, wie es sich anfühlt, wenn rings herum die Häuser brennen und bersten, wenn verkohlte Leichen auf Gehsteig und Straße liegen.

Nie mehr, so schworen sich die Menschen damals, sollte von deutschem Boden wieder Krieg ausgehen, niemals mehr sich wiederholen, was nationalsozialistischer Wahn und Verblendung an Tod und Zerstörung in Europa und der Welt angerichtet hat. Doch welche Wirkungsmacht hat die Erinnerung an all die Katastrophen dieser Jahre noch? Weiß man heute noch zu schätzen, wie kostbar

und köstlich Frieden ist? Gilt eigentlich noch der politische Grundsatz, dass Krieg kein Mittel der Politik sein kann, sein darf?

Die Ereignisse des letzten Jahres sprechen – trotz aller Beschwichtigungsversuche – eine klare Sprache. Sie zeigen eine Entwicklung auf, die in immer schnellerem Tempo auf wieder mehr Krieg und weniger Frieden hinausläuft.

Ausgerechnet der Bundespräsident hat sich berufen gefühlt, auf der Münchner Sicherheitskonferenz die Bundesbürger zu mehr Aufgeschlossenheit gegenüber Militäreinsätzen im Ausland aufzurufen. Das hatte offenbar Signalcharakter. Denn seitdem ging es Schlag auf Schlag.

Im Frühjahr setzten auf Betreiben der NATO die Bestrebungen ein, den für schnelle Militäreinsätze lästigen Parlamentsvorbehalt bei Auslandseinsätzen der Bundeswehr wenn nicht abzuschaffen so doch auszuhöhlen und einzuschränken. Vorratsbeschlüsse des Bundestages könnten – so einer von mehreren Vorschlägen – vermeiden helfen, sich im akuten Fall erst noch mit der Situation gründlicher auseinandersetzen zu müssen.

Im Sommer war es ein Schock, mit welcher Geschwindigkeit und Selbstverständlichkeit alle hehren und bisher gültigen Grundsätze über Bord geworfen und die Lieferung deutscher Waffen in ein Krisen- und Kriegsgebiet beschlossen und umgesetzt wurde. Das sei eine Ausnahme und werde sich nicht wiederholen, beteuerten die Befürworter des Beschlusses. Das glaube, wer mag.

Im Herbst wurde auf dem NATO-Gipfel – auch mit Zustimmung Deutschlands – eine drastische Erhöhung der Rüstungsetats für die nächsten Jahre beschlossen. Für die Bundesrepublik wäre das eine

Erhöhung um sage und schreibe 50 %! Wir wissen also, wohin die Reise gehen soll und was uns in den nächsten Jahren bevorsteht.

Im Winter hat die NATO erstmals die Aufstellung einer „schnellen Eingreiftruppe“ beschlossen, die an der Ostgrenze zum Einsatz kommen soll. Die Bundesrepublik hat sich bereitwillig verpflichtet, das Kernkontingent der Soldaten zu stellen. (Wenn diese Truppe wenigstens als Schild und nicht als Speerspitze bezeichnet würde!)

Und jetzt im Frühjahr forciert die Bundesverteidigungsministerin die Anschaffung bewaffneter Drohnen für die Bundeswehr. Auch wenn man, um es politisch verträglicher zu machen, lieber von bewaffnenen Drohnen spricht, ist es und bleibt es ein Schritt in die falsche Richtung. Denn Kampfdrohnen senken die Kriegsschwelle und fördern Verletzungen des humanitären Völkerrechts. Die selbstherrliche Praxis des gezielten Tötens der USA zeigt das mörderische und völkerrechtswidrige Potential dieser Waffengattung und offenbart die doppelzüngige Moral, mit der die US-Regierung seit Jahren damit umgeht.

Alle diese Schritte hin zu mehr militärischen Lösungen haben die Bundesverteidigungsministerin konsequenterweise dazu bewogen, jetzt auch ein neues Weißbuch erarbeiten zu lassen, damit es für den Umbau der Bundeswehr von einer Landesverteidigungs- in eine Interventionsarmee die entsprechende Rechtfertigung gibt. Nicht nur Experten des Militärwesens, sondern die gesamte Zivilgesellschaft, sogar die Friedensbewegung sind aufgerufen, sich in die Erarbeitung einzubringen. Ich rufe der Bundesverteidigungsministerin zu: Verlassen Sie sich darauf, dass wir nicht stillschweigend zusehen werden, wenn deutsche Soldaten wieder in aller Welt in den Krieg ziehen sollen.

Aber es geht nicht nur um die angestrebte Aufrüstung mit Waffen und Material, es geht auch um den Geist, mit dem wir in einer krisengeschüttelten Welt unseren Weg in eine friedliche Zukunft sichern wollen. In der FAZ war zu lesen, dass die 13 Jahre Afghanistan-Krieg zwar nicht erreicht haben, was man sich zu Beginn des Militäreinsatzes davon versprochen hatte. Der Gewinn dieses Krieges bestehe aber darin, dass die Bundeswehr erst durch diesen Krieg eine richtige Armee geworden sei, die es gelernt habe zu töten und zu sterben. Und zum Wesen einer Armee gehöre es nun einmal, dass sie ausreichend Erfahrung mit Töten und Sterben habe.

Töten und sterben: Wir wollen nicht, dass der Geist des Tötens und Sterbens Einzug hält in das Denken der Menschen unseres Landes, wir halten dem ein anderes Leitbild entgegen und das heißt: LEBEN UND LEBEN LASSEN! TEILHABEN UND TEILHABEN LASSEN! LIEBEN UND LIEBEN LASSEN! Dieses Leitbild gelte nach innen und nach außen. Nach innen gelte es, weil wir einen toleranten und respektvollen Umgang aller in unserer Gesellschaft wollen und ein solidarisches Miteinander in guten und in weniger guten Zeiten. Nach außen gelte es, weil wir der Überzeugung sind, dass für Krisen und Konflikte grundsätzlich friedliche Lösungen gesucht und gefunden werden müssen. Wir lassen uns deswegen nicht vorhalten, aus Bequemlichkeit abseits stehen zu wollen. Nein, wir sind nicht gleichgültig gegenüber Völkern und Staaten, die nicht mit Demokratie und Rechtsstaatlichkeit und den daraus erwachsenden Freiheiten und Menschenrechten gesegnet sind, aber wir lehnen es ab, mit Waffengewalt, mit Bomben, Granaten und Raketen eine bessere Welt schaffen zu wollen. Nützen wir unsere Wirtschaftskraft und unseren politischen Einfluss, um in anderen Regionen dieser Welt bessere Lebensbedingungen zu ermöglichen und auf diese zivile Weise die Voraussetzungen zu schaffen für eine friedlichere Welt.

Wir sind aber keine Illusionisten. Uns ist schon klar, dass eine solche Einstellung bei manchem der kriegswilligeren NATO-Partnern keine Freude auslöst, und wir verkennen auch keineswegs, dass bei uns der Trend in manchen deutschen Medien dahin geht, die Kriegsmüdigkeit der Deutschen zu beklagen und im stolzen Bewusstsein der militärischen Überlegenheit der NATO ein forscheres Vorgehen zu verlangen. Aber dieses Land hat wahrhaftig allen Grund, seine historischen Erfahrungen nicht zu verleugnen und allen übertriebenen Macht- und Geltungsansprüchen, die früher oder später zu einer Gefährdung des Friedens führen, eine entschlossene Absage zu erteilen.

Gedenken heißt aufarbeiten. An einem solchen Gedenken aber hat es überall in Deutschland allzu lange gefehlt. Auch in Nürnberg hat es gedauert und wir können uns nicht rühmen, damit ganz früh begonnen zu haben. Wir können jedoch für uns in Anspruch nehmen, früher als andere Städte und entschiedener als andere Städte uns der geschichtlichen Wahrheit gestellt und daraus die Konsequenzen gezogen zu haben. Als Bundespräsident von Weizsäcker am 8. Mai 1985 im Deutschen Bundestag das für damalige Verhältnisse mutige Wort vom 8. Mai als Tag der Befreiung gesprochen hat, hat zeitgleich der Nürnberger Stadtrat in einer Gedenksitzung – einstimmig – eine ausführliche Resolution verabschiedet, deren Schlusswort ich zitiere:

„Das Gedenken an den 8. Mai schließt das Jahr 1933 mit ein. Denn der Zusammenbruch des deutschen Staates und auch die Katastrophe, die über unsere Stadt gekommen ist, war kein unvorhersehbarer Schicksalsschlag, sondern die Folge der von den Nationalsozialisten bereits bei ihrer Machtübernahme beabsichtigten Gewaltpolitik.

Um eine Wiederholung dieser Verbrechen für die Zukunft unmöglich zu machen, sind wir alle aufgerufen, antidemokratischen und neonazistischen Tendenzen entgegenzuwirken und den Willen zur Versöhnung und Völkerverständigung zu stärken.“

Dieser Aufruf des Nürnberger Stadtrats aus dem Jahr 1985 hat auch 30 Jahre später nichts von seiner Gültigkeit verloren, wir wollen ihn heute erneuern und nach den jüngsten Erfahrungen mit Krisen und Kriegen, nach den friedensgefährdenden Tendenzen auch in unserem Lande wollen wir umso entschlossener ein Bekenntnis ablegen zu Nürnberg als einer Stadt des Friedens und der Menschenrechte - jetzt und in Zukunft.

Nie wieder Faschismus - nie wieder Krieg! NIE WIEDER!